



NEWSLETTER Christian Piwarz

September 2016

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Neues aus dem Landtag - September 2016

Freiheit sichern! - Aktuelle Debatte zu den Konsequenzen nach den Anschlägen

In der aktuellen Debatte „Die Bürger im Freistaat Sachsen schützen – Innere Sicherheit gewährleisten – Situation nach den Anschlägen in Bayern und Baden-Württemberg“ mahnt die CDU-Fraktion zur Besonnenheit. Sie fordert neben einer Aufstockung der Polizeikräfte und einer zeitgemäßen Ausstattung, die Harmonisierung der Gesetze auf Bundes- und Landesebene.

Themen wie die Zuwanderung oder auch die mediale Diskussion über das Burka-Verbot, die doppelte Staatsbürgerschaft und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren haben diese Wahrnehmung der Sicherheitslage nicht verbessert. Aber nicht nur das Sicherheitsgefühl sondern auch die tatsächliche Gefahrenlage habe sich deutschlandweit verändert, so Christian Hartmann, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



»Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit!
Sie ist ein zartes Pflänzchen, das von zuviel
Sicherheit erdrückt werden kann.«

Christian Hartmann | Sicherheitspolitischer Sprecher

Nach Jahren sinkender Kriminalitätsdelikten, sei ein Anstieg in den Bereichen Drogendelikte, Cybercrime, politisch motivierter Gewalt und eine Zunahme von Aggression und Gewaltbereitschaft allgemein festzustellen. Gerade hier sind kräfteintensive Einsätze und eine Ausrüstung auf technisch neustem Stand dringend erforderlich. In Sachsen wurde bereits mit dem Sicherheitspaket in diesem Jahr ein Personalaufwuchs der Einsatzkräfte, bessere Ausstattung und die Wachpolizei auf den Weg gebracht. Im Doppelhaushalt 2017/2018 wird innere Sicherheit groß geschrieben.

Drei weitere Punkte sind jetzt anzugehen:

- Bundes- und Landespolizeigesetze bedürfen einer Harmonisierung. Alle an einem Einsatz beteiligten Kräfte sollten mit den gleichen Eingriffs-, Informations- und Ermächtigungsgrundlagen ausgestattet sein. Nur so lässt sich die Polizeiarbeit auch über Ländergrenzen hinweg effektiv organisieren.
- Die Polizei sollte eine Trainings- und Fortbildungsoffensive starten, bei der die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Einsatzkräften in komplexen Bedrohungsszenarien geschult wird. Der Amoklauf in München hat gezeigt, wie wichtig das reibungslose Zusammenspiel ist. Es rettet Menschenleben.
- Die Cybercrime-Einheiten beim Zoll und der Polizei gilt es zu verstärken. Das Internet spielt bei der Beschaffung illegaler Waren, wie beispielsweise Waffen, Drogen und Falschgeld, eine immer zentralere Rolle. Das belegt das aktuelle „Bundeslagebild 2015 Cybercrime.“

Pläne, die Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen, erteilte die CDU eine klare Absage: „Die Bundeswehr ist ein Breithandschwert und kein

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden
I Fax: 0351 - 451 031 55 20
I christian.piwarz@slt.sachsen.de



Skalpell. Die Innere Sicherheit ist ausschließliche Angelegenheit der Polizeien der Länder und des Bundes. Diesen Verfassungsgrundsatz sollten wir nicht leichtfertig aufgeben,“ so Hartmann.

Es bedarf einer klaren Analyse und der oben genannten Stärkung der Sicherheitsarchitektur. An einem Überbietungswettstreit sicherheitspolitischer Maßnahmen, wird sich die CDU nicht beteiligen. Nur wer verantwortungsvoll mit der Sicherheit in unserem Land umgeht, kann auch in einer freien und demokratischen Gesellschaft leben. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich der Bürger frei bewegen und sicher fühlen kann. ■

Verbraucherschutz und -beratung älterer Menschen in Sachsen verbessern!

Die Koalitionsfraktionen wollen Maßnahmen einleiten, die zu einem besseren Schutz und einer gestärkten Handlungskompetenz älterer Menschen führen und ihre Zugangsmöglichkeiten zu verbraucher-spezifischen Informationen verbessern.

In einem gemeinsamen Antrag „Verbraucherberatung und Verbraucherbildung für ältere und hochaltrige Menschen im Freistaat Sachsen“ fordern die Koalitionsfraktionen einen Bericht über die aktuelle Situation von der Staatsregierung. Der Bericht soll in Abstimmung mit der LandesSenioren-Vertretung für Sachsen, der Verbraucherzentrale Sachsen e.V. und der Kommunalen Ebene erstellt werden. Basierend auf den Empfehlungen des Berichtes sollen anschließend passgenau Maßnahmen eingeleitet werden, die älteren Menschen die aktive und sichere Marktteilnahme ermöglichen.

Menschen im höheren Lebensalter stehen – wie der Rest der Bevölkerung – immer wieder vor der Herausforderung, aktuelle Entwicklungen auf dem Markt entsprechend bewerten zu müssen. Sei es in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Reisen und Verkehr oder Energieversorgung, vielfach ist nicht bekannt, welche Möglichkeiten bestehen, um auf fehlerhaftes Verhalten von Unternehmen zu reagieren. Mit dem Antrag ist der erste Schritt getan, für diese Altersgruppe Informationen und Informationszugänge zu optimieren. ■

„Behindern verhindern – der Freistaat Sachsen auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft“

Auf Initiative der CDU und SPD rückte der Landtag am zweiten Plenartag die Teilhabemöglichkeiten behinderter Menschen in Sachsen in den öffentlichen Fokus. In der Aktuellen Debatte würdigten die Redner die freche Kampagne „Behindern verhindern – Zeit für Barrierefreies Handeln“ aus dem Haus der Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU).

Die Dachkampagne soll dazu anregen, eigene Barrieren im Umgang mit dem Thema Behinderung abzubauen und ist ein wichtiger Baustein des Aktions- und Maßnahmenplans der Staatsregierung. Sie ebnet den Weg in die inklusive sächsische Gesellschaft, ist der erste Gang in die breite Öffentlichkeit und ein gutes Zeichen für uns alle mehr aufeinander zu achten.

Der behindertenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gernot Krasselt, kündigt außerdem den im Herbst startenden Aktionsplan der Staatsregierung an. „Er wird die Grundlage für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Sachsen ermöglichen,“ zeigt er sich zuversichtlich. Er macht aber auch deutlich, dass es bei der Inklusion der 600.000 Menschen mit Behinderung im Freistaat um die selbstbestimmte Teilhabe gehe. Außerdem müsse auch das Machbare im Auge behalten werden.

Ein Blick auf die Kampagne lohnt sich:

www.behindern.verhindern.sachsen.de

Hintergrund: Die UN-Behindertenkonvention ist 2008 in Kraft getreten. Gemäß Artikel 8 Bewusstseinsbildung (§1,2): verpflichten sich die Vertragsstaaten sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern. ■

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Vertreter der Bundesländer und Kommunen sind keine Lobbyisten

Der Landtag verabschiedete am 01. September außerdem einen sogenannten Prioritätenantrag von CDU/SPD zum „EU-Transparenzregister“. Damit wenden sich die Landtagsabgeordneten gegen die beabsichtigte Anmeldepflicht von Vertretern der Bundesländer und Kommunen in der „Brüsseler Lobbyisten-Liste“.

Demokratisch gewählte und kontrollierte staatliche Einrichtungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie ihre Vertretungen dürfen nicht Lobbygruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die von außen auf den europäischen Gesetzgebungsprozess einwirken, gleichgestellt werden.

Diese Anmeldepflicht überschreitet auch rein rechtlich die Grenzen des Art.4 Abs.2 EUV: Danach achtet die Union die nationale Identität der Mitgliedstaaten, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der lokalen und regionalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt. ■

„Sachsen hebt seine Schätze – Rohstoffstrategie fortsetzen“

Eine gesicherte Rohstoffversorgung für die sächsische Industrie ist unabdingbare Voraussetzung, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten und weiter auszubauen. Die Regierungskoalitionen setzen sich in ihrem Antrag „Sachsen hebt seine Schätze – Rohstoffstrategie fortsetzen“ dafür ein, die bergbauliche Nutzung neuer, aber auch bekannter Rohstofflagerstätten zu verbessern.

Bereits seit 2006 werden systematisch die Rohstoffvorkommen in Sachsen erfasst. Der Antrag zieht darauf, diesen Weg zur weiteren Aufbereitung der reichen, aber vielfältigen Datenbasis über die Rohstoffe im sächsischen Boden konsequent fortzusetzen. Neben einem ausführlichen Bericht zur aktuellen Erkundungslage, fordern die Koalitionsfraktionen, dass die Staatsregierung die sächsische Rohstoffstrategie in enger Abstimmung

mit der Wirtschaft weiterentwickelt. Außerdem sollen Forschungsprojekte gefördert werden, die die im Projekt ROHSA geschaffene Datenbasis nutzen, um neue Erkenntnisse der Lagerstättengenese zu Erkundungs- und Abbaumethoden und weitere Innovationen im Bergbausektor zu gewinnen. Insbesondere sollen dabei auch grenzüberschreitende Lagerstätten ins Blickfeld und ab 2017 weitere Projekte in Angriff genommen werden.

Sachsen verfügt über ein großes Potential an bergbaulich gewinnbaren Rohstoffen, die sowohl für die stoffliche als auch die energetische Nutzung geeignet sind. Vor dem Hintergrund des weltweit steigenden Rohstoffbedarfs und der hohen Importabhängigkeit Deutschlands kommt der optimalen Nutzung dieser Rohstoffpotenziale eine wachsende Bedeutung zu.

„Die Rohstoffpreise steigen. Das ist ein Problem für Unternehmen, da heute Materialkosten mehr als 20 Prozent der Gesamtkosten darstellen. Der Zugang zu Rohstoffen wird daher in den kommenden Jahren darüber mitentscheiden, in welchen Regionen sich neue Industrien ansiedeln. Wir wollen, dass die Wahl auf Sachsen fällt, für unsere Bürger viele neue Arbeitsplätze geschaffen und wir ein attraktiver Standort werden. Dies sollte Ziel allen politischen Handelns in diesem Bereich sein,“ erläutert Jan Hippold, CDU-Wirtschaftspolitiker die Initiative. ■



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



6. Wirtschaftsgespräch: „Zu klein für Industrie 4.0? – Nein!“

Mit dem Smartphone sind wir heute überall online. Mit verschiedensten Softwarelösungen greifen wir auf unsere Daten und Kalender zu, sind immer auf dem Laufenden und weltweit vernetzt. Diese Technologien im Privaten ziehen auch in die Wirtschaft ein. In Deutschland wurde für diese vierte industrielle Revolution der Begriff „Industrie 4.0.“ geprägt und in die Welt getragen.

Der Frage: Welche Auswirkungen wird diese vernetzte Produktion für kleine und mittelständische Unternehmen haben?, widmete sich unser 6. Wirtschaftsgespräch im Autohaus Glöckner.



Moderiert von Organisator Christian Piwarz MdL nutzten gut 50 Unternehmer, Wissenschaftler und Interessierte die Gelegenheit mit zwei ausgewiesenen Praktikern der Digitalisierung ins Gespräch zu kommen: Heike Wilson, Geschäftsführerin der DUALIS IT Solution GmbH und Prof. Dr. Dirk Reichelt, Professor für Kommunikationstechnik an der HTW Dresden und Leiter der Arbeitsgruppe „Smart Wireless Production“ (SWP) der HTW Dresden und des Fraunhofer IMPS, gaben den Gästen einen Einblick in die Zukunft der Arbeits- und Produktionsprozesse.

Der gemeinsamen Einladung der Dresdner Landtagsabgeordneten Aline Fiedler, Christian Piwarz, Patrick Schreiber, Christian Hartmann und dem



CDU-Ortsverband Dresdner Südosten waren gut 50 Unternehmer, Wissenschaftler und CDU-Mitglieder gefolgt.

Die gezielte Analyse von Daten aller Prozesse und Maschinen wird der entscheidende Wettbewerbsvorteil für den Mittelstand sein. So können Verschleißerscheinungen schon vor dem Ausfall der Maschine erkannt, die Qualität gesichert und Produktionsausfälle verhindert werden. Eindrucksvoll zeigte Prof. Reichelt anhand eines Videos, wie Sensorik- und Videotechnik, mit der entsprechenden Analysesoftware verknüpft, selbst Handarbeitsplätze erfassen können.

Gerade kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) sind eingeladen, in der Modelfabrik der HTW Dresden ganze Fertigungsstrecken abzubauen und passgenaue Lösungen mit Hilfe der Wissenschaftler zu entwickeln.

Heutige Geschäftsmodell werden zwangsläufig durch digitale Angebote ersetzt. Darauf sollten sich Produzenten frühzeitig einstellen, so Heike Wilson. Als Gründungsmitglied des Smart Electronic Factory e.V. hat sie die Vision der „Industrie 4.0“ bereits in den realen Produktionsprozess überführt. Die kleingliedrige sächsische Wirtschaft muss sich Größtenteils erst auf den Weg zur Digitalisierung machen. Beide Referenten ließen

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

keinen Zweifel: wer die Digitalisierung scheut, hat im globalen Wettbewerb keine Zukunft. Welche Digitalisierungsschritte für ein Unternehmen geeignet seien, ist hingegen individuell zu betrachten und bleibt ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess.

In der anschließenden Diskussion wurden vor allem die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Arbeitsbedingungen thematisiert. Durch den digitalen Wandel werden sich circa 80 % der Tätigkeitsfelder nachhaltig verändern. Arbeitsmöglichkeiten für Geringqualifizierte fallen weg. Der Einsatz von Software sollte unterstützend und entlastend für die Mitarbeiter erfolgen, das verspricht den größten Produktivitätsgewinn und nimmt die Beschäftigten mit. Wichtig sei vor allem, die Beschäftigten weiterzubilden. Auch schulische Bildung und Ausbildung müssen an die neuen Anforderungen angepasst werden. Konkret sei ein verbindlicher Informatikunterricht erforderlich.

Die Initiativen zum Breitbandausbau durch die Bundes- und Landespolitik sind ein wichtiger Schritt zur Förderung der Digitalisierung in der sächsischen Wirtschaft. Wünschenswert wäre aus Sicht der Unternehmer eine intensivere staatliche Förderung, nicht nur der Forschung, sondern verstärkt bei den Neuinvestitionen der KMUs.

Im Fazit ein gelungener Abend, der in gemütlicher Atmosphäre anschließend die Vernetzung von produzierendem Gewerbe, Softwarefirma, Forschung und Politik organisierte. Eine enge Vernetzung und der stete Austausch dieser Akteure ist eine weitere wichtige Aufgabe für die Politik, aber auch die Verbände, damit heimische Unternehmen mit ihren Innovationen weltweit schritt halten können. ■



Neues aus dem Landtag - August 2016

Entwurf des Doppelhaushalts 2017/18 setzt Leitlinien der CDU-Fraktion um

Nur einen Tagesordnungspunkt hatte die erste Sitzung nach der Sommerpause: Einbringung des Haushaltsplans 2017/2018 durch den Staatsminister für Finanzen, Prof. Dr. Unland. Dank der dynamischen Entwicklung der Steuereinnahmen von ca. 8 Prozent Steigerung kann ein Gesamtvolumen von 18,4 Milliarden für 2017 und für 2018 ein Budget von 18,7 Milliarden Euro auf die Ressorts verteilt werden – so viel wie noch nie.

Bereits im April hatte die Fraktion ihre Leitlinien zum Haushalt beschlossen. Diese Vorgaben sind im Entwurf umgesetzt und für den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Frank Kupfer, eine gute Arbeitsgrundlage für die parlamentarische Beratung und setzt die richtigen Schwerpunkte. Anders als andere Bundesländer haben wir – auch aufgrund der weitsichtigen Finanzpolitik der letzten Jahre – in Sachsen etwas zu verteilen. Statt Schulden zu machen, werden diese weiterhin jährlich mit 75 Mio. Euro getilgt.

Für Investitionen sind konstant 2,9 Mrd. Euro jährlich vorgesehen. Die Investitionsquote liegt damit bei knapp 16 Prozent und bleibt die höchste in Deutschland. Mit dem Programm „Brücken für die Zukunft“ stellt Sachsen darüber hinaus noch einmal zusätzlich 800 Millionen Euro bereit und stärkt nachhaltig die kommunale Finanzkraft. Investitionen in die Infrastruktur sind die Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für Arbeitsplätze und damit für die Stabilisierung eigener Steuereinnahmen des Freistaats, stellte Kupfer heraus. Der Fraktionsvorsitzende dankte allen, die durch ihren persönlichen Einsatz – ob als Unternehmer oder Arbeitnehmer – die Einnahmen generieren, die dies überhaupt ermöglichen. Auf der anderen Seite forderte er Respekt von allen, die Leistungen erhalten.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt.sachsen.de



Die Bildung ist und bleibt Schwerpunkt in den Aufwendungen des Freistaats: 5,6 bzw. 5,7 Milliarden Euro sind im Entwurf für Bildung und Forschung eingeplant. Unter anderem werden Mittel für die beiden Exzellenzuniversitäten in Dresden und Chemnitz, das Zentrum für integrative Biodiversität in Leipzig, ein neues Hörsaalzentrum in Freiberg und eine neues Technologiezentrum in Zwickau vorgesehen. Auch zusätzliche Mittel für das Lehrpersonal an den sächsischen Schulen ist im Haushalt abgebildet. In der folgenden Diskussion in den Facharbeitskreisen und Ausschüssen wird auch diese Haushaltssposition genau geprüft werden. In Absprache mit dem Koalitionspartner, wird dann auch die CDU-Fraktion ihren Änderungsbedarf am Entwurf der Staatsregierung in den Landtag einbringen.

Ein Generationenwechsel steht auch bei den Beschäftigten des Landes an. Die Personalaufwendungen sind mit 4,6 bzw. 4,7 Mrd. Euro auf einem Rekordniveau. Die CDU kündigte an, den gerade vorgelegten Bericht der Personalkommission genau zu prüfen, um frühzeitig dem demografischen Wandel innerhalb der Verwaltung und der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung gerecht zu werden.

Dritter großer Haushaltsschwerpunkt ist die „Innere Sicherheit“: Für das bereits beschlossene Sicherheitspaket sind die Gelder für 1000 zusätzliche Polizeistellen, sowie für 550 Frauen und Männer bei der Wachpolizei bereitgestellt. Die Forderungen nach einer zeitgemäßen und den neuen Herausforderungen angepasste Ausrüstung und Ausstattung der Polizeikräfte ist ebenfalls mit 15 Millionen Euro berücksichtigt. Zusätzlich wir auch in diesem Bereich investiert: für Sanierungsmaßnahmen der Polizeischulen in Bautzen, Rothenburg und Chemnitz sind 20 Millionen Euro vorgesehen. Für die notwendigen Sanierungen der JVA Zwickau und JVA Chemnitz sind insgesamt 93 Millionen Euro veranschlagt.

Die Herausforderung Asyl und die Integration der Flüchtlinge muss auch in diesem Kontext klar benannt werden: Die veranschlagten Ausgaben für Unterkunft und Integration belaufen sich auf 780 Millionen Euro für 2017 und 650 Millionen

Euro für 2018. Damit werden die Bereiche: unmittelbare Maßnahmen für Unterkünfte, Integrationsmaßnahmen und Sicherheitsmaßnahmen gedeckt. Diese Aufwendungen, können dank guter Konjunktur und der soliden sächsischen Finanzpolitik ohne Einschnitte in anderen Politikbereichen vorgenommen werden, betonte Kupfer. „Dieses Geld muss aber auch sinnvoll eingesetzt werden, und zwar so, dass diejenigen, die davon profitieren, auch bald in der Lage sind, hier in Sachsen mitzuarbeiten und hier ihren Anteil an der Mehrung des Wohlstandes in unserem Freistaat beizutragen.“

Der Haushaltsentwurf wird so wie eingebracht den Landtag nicht verlassen. Die Aufgabe in den nächsten Wochen ist finanzpolitisch besonnen die Ansprüche und Wünsche zu hinterfragen und besonders auf ihre Krisentauglichkeit zu prüfen, so der finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Jens Michel. Denn „die Finanzstrukturen des Staates werden in guten Zeiten verdorben.“ Was ein maroder Staatshaushalt für die Bevölkerung bedeutet, das könne man in Südeuropa sehen. Hingegen können wir die zusätzlichen Herausforderungen ohne Einschnitte meistern. Die CDU will eine realistische, eine solide Haushaltspolitik im Interesse der Menschen und im Interesse der nachfolgenden Generationen. Unter dieser Prämisse wird der Haushalt Ende des Jahres im Landtag verabschiedet, ist Michel zuversichtlich. ■

Termine meiner Bürgersprechstunden

25.10.2016, 16-18 Uhr

Ortsamt Loschwitz

Grundstraße 3, 01326 Dresden

sowie jederzeit nach Vereinbarung

02.11.2016, 16-18 Uhr

Ortsamt Leuben

Hertzstraße 23, 01257 Dresden

sowie jederzeit nach Vereinbarung

Bildnachweise:

Freiheit braucht Sicherheit - CDU Fraktion, Pascal Ziehm.

Rohstoffstrategie - CDU Fraktion, Pascal Ziehm.

Wirtschaftsgespräch - Heike Ahnert.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION